



Änderungs- Anträge

zur Landesvertreterversammlung
der SPD Baden-Württemberg
in Schwäbisch-Gmünd

11. März 2017

*Antragsbereich Ä/ **Antrag 1***

Kennnummer 9235

AsF Baden-Württemberg

Änderungsantrag zum Antrag BTW1

Zeile 9:

ersetze "gegenüber" durch "entgegen"

*Antragsbereich Ä/ **Antrag 2***

Kennnummer 9236

AsF Baden-Württemberg

Änderungsantrag zum Antrag BTW1

Nach Zeile 48 einfügen:

5 "Dazu zählt auch der Schutz vor Gewalt gegen Frauen, den das SPD-geführte
Justizministerium mit der Verschärfung des Vergewaltigungsparagraphen (Nein heißt Nein)
entscheidend verbessert hat."

*Antragsbereich Ä/ **Antrag 3***

Kennnummer 9237

Kreisverband Breisgau-Hochschwarzwald

Änderungsantrag zum Antrag BTW1

Ergänzung Zeile 74:

5 ... von Leiharbeit, Werkverträgen und Ausgründungen zum Unterlaufen von Tarifverträgen
wollen wir...

Begründung:

Sicherung erreichter Sozialstandards und Stärkung der Tarifautonomie, sowie Schutz von
geschlossenen Arbeitsverträgen.

*Antragsbereich Ä/ **Antrag 4***

Kennnummer 9238

AsF Baden-Württemberg

Änderungsantrag zum Antrag BTW1

Zeile 75 ff

5 ersetze „Wir wollen ... für Alte.“ Durch: Wir wollen Löhne, die zum Leben reichen. Wir
wollen gleiche Bezahlung für gleiche und gleichwertige Arbeit für Männer und Frauen. Das
gilt auch für Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter, für Junge und Alte.“

Antragsbereich Ä/Antrag 5

Kennnummer 9239

AsF Baden-Württemberg

Änderungsantrag zum Antrag BTW1

Zeile 88

einfügen nach „... umgewandelt werden.“

- 5 „Noch immer sind überwiegend Frauen in Minijobs beschäftigt, was im Alter verstärkt zur Armut von Frauen führt. Wir wollen ...“

Antragsbereich Ä/Antrag 6

Kennnummer 9278

AG SPDqueer

Änderungsantrag zum Antrag BTW1

Seite 5, an Zeile 102 soll angehängt werden:

- 5 Dabei sind auch die kirchlichen Arbeitgeber in die Pflicht zu nehmen. Wir werden generell keine Beschneidung von Arbeitnehmerrechten aufgrund religiöser Doktrinen zulassen und insbesondere die Diskriminierung von LGBTTIQ-Arbeitnehmer*innen in kirchlichen Einrichtungen nicht weiter akzeptieren.

Antragsbereich Ä/Antrag 7

Kennnummer 9241

Kreisverband Göppingen

Änderungsantrag zum Antrag BTW1

Antrag: Ergänzung Leitantrag unter „1. Wir sind die Partei der Arbeit“ ab Zeile 103 um folgenden Punkt:

- 5 Wir möchten langzeitarbeitslosen Menschen eine echte Chance geben. Dafür sorgen wir mit einer verlässlichen Finanzierung der Arbeitsförderung für Menschen, die am ersten Arbeitsmarkt nur schwer integrierbar sind.

Begründung:

- 10 Von der damaligen schwarz-gelben Bundesregierung wurden mit der sogenannten Instrumentenreform die Mittel für die Förderung langzeitarbeitsloser Menschen von 6,5 auf 3,9 Milliarden Euro zurückgefahren. Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles, MdB, hat als eine ihrer ersten Handlungen eine Trendwende eingeleitet und den Mittelansatz wieder erhöht. Dieses konnte die massiven Kürzungen jedoch nicht voll auffangen. Die Träger von
15 Projekten für langzeitarbeitslose Menschen kämpfen deshalb Jahr für Jahr um neue Finanzierungsquellen. Die SPD ist die Partei, die allen Menschen eine Chance auf einen

Arbeitsplatz geben möchte. Darum wollen wir für solide Rahmenbedingungen für Beschäftigungsunternehmen sorgen.

Antragsbereich Ä/ Antrag 8

Kennnummer 9242

Kreisverband Heidelberg

Änderungsantrag zum Antrag BTW1

Seite 5, Zeile 138

5 Füge ein: „Die Digitalisierung und Flexibilisierung der Arbeitswelt darf nicht zulasten der Beschäftigten gehen. Gesetzliche Regelungen wie die 40-Stundenwoche und die 11-stündige Ruhezeit dürfen nicht unterlaufen werden.“

Begründung:

10 Die von vielen Betrieben vorangetriebene Flexibilisierung der Arbeitswelt kann für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einen Zugewinn an persönlicher Freiheit bedeuten, gleichzeitig aber auch enormen Druck erzeugen und zu Arbeit auf Abruf führen. Um gute Arbeitsbedingungen zu garantieren und Ausbeutung vorzubeugen, wollen wir gesetzliche Schutzvorschriften für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, wie die 40 Stundenwoche oder Ruhezeiten, gemeinsam mit den Gewerkschaften verteidigen und ausbauen

Antragsbereich Ä/ Antrag 9

Kennnummer 9243

Juso-Landesverband Baden-Württemberg

Änderungsantrag zum Antrag BTW1

Streiche Z. 172: „gesetzlich verpflichtende“

Begründung:

5 erfolgt mündlich

Antragsbereich Ä/ Antrag 10

Kennnummer 9244

Kreisverband Heidelberg

Änderungsantrag zum Antrag BTW1

Seite 7, Zeile 233-240

5 Streiche und ersetze durch: „Wir fordern daher eine Reaktivierung der Wohnungsgemeinnützigkeit. Dies soll auch einhergehen mit einer Stärkung des Genossenschaftsdenkens. Zusammen kann dies zu einem größeren gemeinnützigen Wohnungsmarkt führen: gemeinwohlorientiert, dauerhaft mietpreisbegrenzt, langfristiger Zweckbindung und Instandhaltungsverpflichtung.“

10 **Begründung:**

Gemeinnützige Wohnungsunternehmen dürften keine Gewinne ausschütten. Ansonsten würden Wettbewerbsverzerrungen gegenüber erwerbswirtschaftlicher Wohnungsunternehmen drohen.

Antragsbereich Ä/Antrag 11

*Kennummer 9245
Kreisverband Heidelberg*

Änderungsantrag zum Antrag BTW1

Seite 8, Zeile 279

Ergänze nach „Mietsteigerungen einzudämmen“:

- 5 „Als nächsten Schritt muss die bestehende Regelung überprüft und ggf. weiterentwickelt werden. Zusätzlich fordern wir die Einführung eines Mietspiegelgesetzes, um flächendeckend in ganz Deutschland einen qualifizierten Mietspiegel zu bekommen.“

Antragsbereich Ä/Antrag 12

*Kennummer 9246
Kreisverband Heidelberg*

Änderungsantrag zum Antrag BTW1

Seite 9, Zeile 318 (evtl. auch verschieben in Zeile 308)

Streiche ab „Hierfür... entwickeln“ und ersetze durch:

- 5 „Hierfür werden wir entsprechende Förderinstrumente entwickeln. Dabei lehnen wir eine steuerliche Förderung ab, da diese strukturell unvermeidbar progressiv und somit hohe Einkommen besonders fördert – wer mehr hat wird stärker gefördert. Stattdessen soll eine Förderung über Zuschüsse und Subventionen erfolgen. Dies ist kalkulierbarer und zielgenauer.“

Antragsbereich Ä/Antrag 13

Kennummer 9247

Juso-Landesverband Baden-Württemberg

Änderungsantrag zum Antrag BTW1

Füge ein nach Z. 320: „Beispielsweise wollen wir wieder eine erhöhte steuerliche Absetzbarkeit von sozial gebundenem Wohnungsbau einführen.“

Antragsbereich Ä/ Antrag 14

Kennnummer 9279

AG SPDqueer

Änderungsantrag zum Antrag BTW1

Seite 9, Zeilen 326 und 27 sollen ergänzt werden wie folgt:

5 ...gesellschaftlicher Gruppen, vor allem Migranten, und Menschen mit unterschiedlichen Einkommens- und Vermögensverhältnissen zu achten. Nur so können wir Ghettoisierungen und eine Aufteilung....

Antragsbereich Ä/ Antrag 15

Kennnummer 9248

Kreisverband Heidelberg

Änderungsantrag zum Antrag BTW1

Seite 9, Zeile 333

Ersetze „40 Prozent“ bis Zeile 335 „genutzt werden“ durch:

5 „40 Prozent der Flächen sollen für preisgünstige Mietwohnungen und 30 Prozent für preisgünstiges Eigentum genutzt werden.“

Antragsbereich Ä/ Antrag 16

Kennnummer 9249

Kreisverband Heidelberg

Änderungsantrag zum Antrag BTW1

Seite 9, Zeile 340

Ergänze nach „Rechnung tragen.“:

5 „Dabei sollte ein besonderes Augenmerk insbesondere auf der Förderung des preisgünstigen Eigentums für so genannte Schwellenhaushalte liegen.“

Antragsbereich Ä/ Antrag 17

Kennnummer 9250

Kreisverband Breisgau-Hochschwarzwald

Änderungsantrag zum Antrag BTW1

Seite 10, Zeile 383 Am Ende des Punktes zur Mietpreisbremse anfügen:

„Darüber hinaus sind weitere Sanktionsmöglichkeiten bei Verstoß gegen die Auskunftspflicht zu entwickeln“

5

Begründung:

10 Der im Leitantrag geforderte rückwirkende Anspruch bei falscher Auskunft und überhöhter
Miete ist nicht ausreichend, denn der Versuch bleibt für einen Vermieter gefahrlos. Im
Zweifelsfall muss er nur zurückbezahlen, was er zu viel verlangt hat. Ein echter Schaden ist
für ihn nicht zu befürchten. Vor dem Hintergrund, dass es für einen Mieter ohnehin schon
schwer ist, eine Falschauskunft zu beweisen, ist das zu wenig. Dem betrügerisch handelnden
Vermieter muss eine echte Strafe drohen.

Antragsbereich Ä/ **Antrag 18**

Kennnummer 9273
Kreisverband Stuttgart

Änderungsantrag zum Antrag BTW1

Streiche Zeilen 390 bis 403 und ersetze durch:

5 „UmMieter*innenvorzusätzlichen Belastungen durch Modernisierungen zu schützen,
fordern wir die Abschaffung der Möglichkeit zur Modernisierungsmieterhöhung (§ 559
BGB).“

Begründung:

10 Die Verknüpfung von Modernisierungskosten und Mieterhöhungen ist dem
Vergleichsmietensystem, das nicht von den Kosten, sondern von den lokalen
Wohnungsmärkten ausgeht, wesensfremd.

15 Diese Verknüpfung ist auch nicht sachgerecht. Entscheidend kann nicht die Höhe der
Investition sein, sondern allenfalls, was sich durch die Maßnahme energetisch einsparen lässt
- wobei die tatsächliche Ersparnis für den Mieter in Euro und Cent zu berücksichtigen wäre.

20 Der energetische Zustand einer Wohnung stellt ein Wohnwertmerkmal dar, das zur
Bestimmung der ortsüblichen Vergleichsmiete beiträgt. Wollen wir Mieterverdrängung
verhindern und stabile Sozialstrukturen in den Wohnquartieren erhalten, ist die Ausrichtung
der Modernisierungsmieterhöhung an der ortsüblichen Vergleichsmiete dringend geboten.

25 Im Gegensatz zu allgemeinen Mieterhöhungen sind die Mieter*innen den
Modernisierungsmieterhöhungen weitgehend schutzlos ausgeliefert, weil es nach dem BGB
hierfür keine Kappungsgrenze gibt. Das hat in der Vergangenheit mitunter zu
Mieterhöhungen von mehr als 100 Prozent geführt. Auch die geplante Absenkung der Höhe
der Modernisierungsumlage kann die Mieter nicht davor schützen, dass die Wohnung durch
die Modernisierung unbezahlbar wird. Für das verfügbare Haushaltsbudget spielt es keine
Rolle, ob eine Mietsteigerung wegen einer allgemeinen Mieterhöhung oder wegen einer
30 Modernisierung erfolgt. Es besteht die Gefahr, dass zahlreiche Mieter aus ihrer Wohnung
hinausmodernisiert werden.

Antragsbereich Ä/Antrag 19

Kennummer 9251

AsF Baden-Württemberg

Änderungsantrag zum Antrag BTW1

Zeile 421-429

ersetze „Mit Blick ... Bundes- und Landesebene.“ durch

- 5 „Mit Blick auf den demographischen und gesellschaftlichen Wandel müssen wir auch dafür sorgen, dass altersgerechte Wohnungen, aber auch bezahlbare Wohnungen für Alleinerziehende (überwiegend Frauen) in ausreichendem Maße vorhanden sind. Wir fordern die Schaffung dieses Wohnraums mit gezielten Förderprogrammen auf Bundes- und Landesebene.“

Antragsbereich Ä/Antrag 20

Kennummer 9252

Juso-Landesverband Baden-Württemberg

Änderungsantrag zum Antrag BTW1

Füge ein Z. 440: „Dabei wollen wir gemeinsam mit den Ländern nach Wegen suchen, um eine nicht vollständige Weitergabe von Fördermitteln des Bundes zu verhindern.“

Antragsbereich Ä/Antrag 21

Kennummer 9274

Kreisverband Stuttgart

Änderungsantrag zum Antrag BTW1

Die Zeilen 455 - 489 (Den Traum vom Eigenheim unterstützen) entfallen, inhaltlich wird überwiesen an die Programmkommission zur Erstellung des Regierungsprogramms.

Begründung:

- 5 Dieser Vorschlag ist noch unausgereift, weil die Förderung in der Realität vom Markt aufgefressen wird, denn die Bau- und Grundstückspreise werden erfahrungsgemäß anziehen. Dies nicht nur in den Ballungszentren, sondern in vielen Regionen in Baden-Württemberg. Das Mittel verfehlt also in der Fassung des Antrags den Zweck.

*Antragsbereich Ä/ **Antrag 22***

*Kennnummer 9253
Ortsverein Heidelberg-Altstadt
(Kreisverband Heidelberg)*

Kreisverband Heidelberg

Änderungsantrag zum Antrag BTW1

Seite 12, Zeile 484 ff.

5 Neu: Gestaffelt gefördert werden sollen Familien mit einem Familieneinkommen von bis zu 70.000 Euro. Bis zu 8.000 Euro sollten Familien mit einem Kind bekommen, für das zweite und dritte Kind sollten bis zu jeweils 6.000 Euro bereitgestellt werden

Begründung:

10 In der jetzigen Formulierung erscheint die Einkommensgrenze als starr, was unerwünschte Einkommensvermeidungseffekte zur Folge hätte.

*Antragsbereich Ä/ **Antrag 23***

*Kennnummer 9254
Ortsverein Heidelberg-Altstadt
(Kreisverband Heidelberg)*

Kreisverband Heidelberg

Änderungsantrag zum Antrag BTW1

Seite 12, Zeile 490 bis 493

Streichen

5 **Begründung:**

10 Es wird nicht erläutert, was die Zielrichtung dieser Maßnahme ist und wie der Einfluss genutzt werden soll. Zudem führt eine Aufhebung bundesrechtlicher Zuständigkeiten erfahrungsgemäß zu einem Steuerwettbewerb nach unten. Zudem ist die Grunderwerbssteuer eine Ländersteuer. Der Steuersatz kann von jedem Land allein bestimmt werden. Die Bemessungsgrundlage ist aber bundesrechtlich geregelt. Das sollte aber auch so bleiben, um einen Wettlauf nach unten zu verhindern.

*Antragsbereich Ä/ **Antrag 24***

*Kennnummer 9255
Ortsverein Laupheim
(Kreisverband Biberach)*

Änderungsantrag zum Antrag BTW1

ab Zeile 495 (an passender Stelle einzufügen)

5 Zur Entlastung von Rentner/inne/n, welche bereits heute sehr niedrige Renten erhalten, werden Renten unter dem sog. „schuldrechtlichen Existenzminimum“ in Höhe von derzeit € 1.073,85 monatlich netto von der Einkommensteuer und sonstigen Sozialabgaben befreit. Ferner wird für Rentner/innen, dieser Betrag als Mindestrente nach (!) Abzug aller Sozialabgaben mit Wirkung ab 01.01.2018 angestrebt !

*Antragsbereich Ä/ **Antrag 25***

Kennnummer 9280

AG SPDqueer

Änderungsantrag zum Antrag BTW1

Seite 12, Zeilen 501 –Eine Partei hat keine DNA. -soll ersetzt werden durch:

...und ist das bestimmendes Merkmal unserer Vorstellung von Gerechtigkeit und unseres Selbstverständnisses.

*Antragsbereich Ä/ **Antrag 26***

*Kennnummer 9256
Kreisverband Heidelberg*

Änderungsantrag zum Antrag BTW1

Seite 12, Zeile 501

Streiche: "und ist Teil unserer DNA"

*Antragsbereich Ä/ **Antrag 27***

*Kennnummer 9257
AsF Baden-Württemberg*

Änderungsantrag zum Antrag BTW1

Nach Z. 541: einfügen

5 „Mit der Durchsetzung von gleichem Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit sorgen wir dafür, dass für Männer und Frauen im Erwerbsleben die Chance auf eine lebensstandardsichernde Rente besteht.“

Antragsbereich Ä/Antrag 28

Kennnummer 9281

AG SPDqueer

Änderungsantrag zum Antrag BTW1

Seite 15, Zeilen 647 soll ein Absatz folgen, dann ergänzt werden:

5 Dabei darf die Überlegung kein Tabu sein, im Sinne wirklich gelebter Solidarität Beitragsbemessungsgrenzen abzuschaffen und alle Einkünfte (z.B. Kapitalerträge) zur Beitragszahlungspflicht hinzuzuziehen.

Begründung:

10 Das gilt ja im Übrigen für alle Solidareinrichtungen wie Krankenversicherung und Pflegeversicherung. Vergl. Seite 17 unter 4.

Antragsbereich Ä/Antrag 29

Kennnummer 9282

AG SPDqueer

Änderungsantrag zum Antrag BTW1

Seite 18, anschließend an Zeilen 800 soll ergänzt werden:

5 Wir müssen die finanziellen Mittel für die Prävention, die Forschung und die Behandlung von seltenen Krankheiten, was von der Pharmaindustrie unzureichend bedacht wird, sowie von HIV/Aids, sexuell übertragbaren Krankheiten und Hepatitis-C Infektionen, sowie sonstigen immer noch nicht "besiegten" Krankheiten erhöhen.

Antragsbereich Ä/Antrag 30

Kennnummer 9258

Kreisverband Heidelberg

Änderungsantrag zum Antrag BTW1

Seite 19, Zeile 851

Ersetze „Die schwierige Situation“ durch:

5 „Dennoch haben wir für Alleinerziehende bereits einiges erreichen können, z.B. wurde der Entlastungsbetrag von 1.308 € auf 1.908 € angehoben. Gleichwohl sehen wir noch Verbesserungspotential.“

Antragsbereich Ä/ Antrag 31

*Kennnummer 9259
Ortsverein Heidelberg-Altstadt
(Kreisverband Heidelberg)*

Kreisverband Heidelberg

Änderungsantrag zum Antrag BTW1

Seite 20, Zeile 927 - 930

Satz ab „Dazu...“ streichen

5 Begründung:

Die hier genannten Zahlen entsprechen nicht der aktuellen Beschlusslage (aus dem Antragsbereich SF Antrag I , Beschluss Buch des Landesparteitag in Heilbronn am 22. Oktober 2016, Seite 28 erster und dritter Spiegelstrich:

10 „Aus sozialen Gründen wird der Einkommensteuertarif für kleine und mittlere Einkommen bis etwa 50.000 Euro im Jahr gesenkt. ..

15 Da Steuersenkungen für die kleinen und mittleren Einkommen aus steuersystematischen Gründen unvermeidbar auch exorbitant hohen Einkommen steuerlich entlasten, ist im Gegenzug der Spitzensteuersatz ab 100.000 Euro zu versteuerndem Einkommen auf 49% und ab 250.000 Euro z.v.E. auf 52 % anzuheben.“

20 Es werden keine Argumente vorgebracht, warum der vor 5 Monaten gefasste Beschluss obsolet sein soll. Angesichts des Diskussionstandes soll deshalb auf konkrete Zahlen verzichtet werden.

Antragsbereich Ä/ Antrag 32

*Kennnummer 9260
Kreisverband Heidelberg*

Änderungsantrag zum Antrag BTW1

Seite 20, Zeile 932 bis 934

Ersetze durch:

5 „Wir wollen die steuerliche Absetzbarkeit von Vorstands- und Managergehältern (Bezüge plus Boni) auf maximal 500.000 Euro pro Jahr begrenzen.“

*Antragsbereich Ä/ **Antrag 33***

*Kennnummer 9261
Ortsverein Heidelberg-Altstadt
(Kreisverband Heidelberg)*

Kreisverband Heidelberg

Änderungsantrag zum Antrag BTW1

Seite 20, Zeile 939 neu:

Kapitalerträge wie Arbeit besteuern

*Antragsbereich Ä/ **Antrag 34***

*Kennnummer 9262
Ortsverein Heidelberg-Altstadt
(Kreisverband Heidelberg)*

Kreisverband Heidelberg

Änderungsantrag zum Antrag BTW1

Seite 21, Zeile 945

1. Satz neu: Den gesonderten Steuertarif für Einkünfte aus Kapitalerträgen und die Abgeltungswirkung der Kapitalertragsteuer wollen wir abschaffen.

5

Begründung:

Die bisherige Formulierung und auch die Überlegungen der Antragskommission sind geeignet, eine Reihe von Missverständnissen zu verursachen. Aus dem Zusammenhang wird klar, dass keinesfalls die Abschaffung der Abgeltungssteuer in jeglicher Form (z.B. der Lohnsteuer) gemeint ist, vielmehr geht es um die besondere Behandlung der Kapitalerträge im Einkommensteuergesetz verbunden mit der Abgeltungswirkung bei der Kapitalertragsteuer.

10

*Antragsbereich Ä/ **Antrag 35***

*Kennnummer 9263
Kreisverband Heidelberg*

Änderungsantrag zum Antrag BTW1

Seite 21, Zeile 959

Ergänze zwischen „Vermögensteuer“ und „einer“:

5

„oder“

Änderungsantrag zum Antrag BTW1

Seite 21, Zeile 959 – 991

Neu: ... die grundlegende Reform der Erbschafts- und Schenkungsteuer.

5 Die ungerechte und auch im internationalen Vergleich bald einzigartige Privilegierung bestimmter Vermögensarten zugunsten der reichsten Familien im Lande wollen wir beenden. Durch geeignete Maßnahmen wie Stundung oder stille Beteiligung des Staates werden wir dabei sicherstellen, dass betriebsnotwendiges Vermögen im Erbschaftsfall nicht veräußert werden muss.

10 Die Erbschaftsteuer muss auch der Herstellung sozialer Chancengleichheit dienen.

15 Mit der Erbschaftsteuer muss der Staat zielgerichtet auf gleiche Lebenschancen hinwirken. Der Konzentration des Vermögens muss entgegengewirkt werden. Anstelle der 10-Jahres-Regelung der Schenkungssteuer und der bisherigen Eingangsstaffelung, muss ein lebenslanger persönlicher Freibetrag von 1 Mio Euro eingeführt und die Sätze erhöht werden.

Begründung:

20 Die im Antrag vorgeschlagene Vermögenssteuer, die eine Substanzbesteuerung ausschließt, kann nicht überzeugen. Wenn die Substanz nicht besteuert werden soll, kann demnach nur der Vermögenszuwachs besteuert werden. Es mag sich jeder selbst ausrechnen, welcher Steuersatz bei den gegenwärtigen Zinssätzen in Anwendung zu kommen hat, wenn die Substanz, also das Kapital selbst nicht angegriffen werden soll.

25 Die Besteuerung des Veräußerungsgewinns aus Immobilienverkauf betrifft die Ausgestaltung der Einkommensteuer, nicht die Vermögensbesteuerung. Im Übrigen gehören Prüfaufträge an eine Expertenkommission oder in eine Koalitionsvereinbarung, aber nicht in ein Wahlprogramm. Hier sollte stehen was man will und nicht das, was man sich noch nicht richtig überlegt hat. Warum dann hier nur der Immobilienbereich angesprochen wird scheint fragwürdig. Es gibt zahlreiche Ausnahmeregelungen für Veräußerungsgewinne insbesondere zugunsten von Kapitalgesellschaften und Unternehmern, die dann ebenfalls anzusprechen wären. Darüber hinaus macht es angesichts des politischen Widerstandes und der verfassungsrechtlichen Probleme bei der Vermögenssteuer Sinn, zu unterscheiden zwischen der Besteuerung von selbst erwirtschaftetem Vermögen und solchem Vermögen, welches unverdient ist. Deshalb wird vorgeschlagen, sich hier auf eine Reform der Erbschaftssteuer zu konzentrieren.

40 Der vorgeschlagene zweite bis vierte Spiegelstrich basiert auf der aktuellen Beschlusslage (Antragsbereich SF Antrag 2 , Beschlussbuch des Landesparteitages in Heilbronn am 22. Oktober 2016, Seite 29 zweiter bis vierter Spiegelstrich).

*Antragsbereich Ä/ **Antrag 37***

Kennnummer 9272

Kreisverband Lörrach

Änderungsantrag zum Antrag BTW1

Ergänzung des Punkts 4. (Zeile 10-11 im Antrag Kennnummer 9137): Steuerpflicht für im Ausland lebende Deutsche (analog US-Vorgehen).

Begründung:

5

Dieser Teil unseres Antrags fehlt und ist dadurch nicht erledigt durch Annahme von Antrag 1 in der Fassung der Antragskommission. Wir bitten um Ergänzung beispielsweise zwischen den Zeilen 986/987 oder 991/992. Inhaltliche Begründung, falls erwünscht, mündlich.

*Antragsbereich Ä/ **Antrag 38***

Kennnummer 9266

Kreisverband Heidelberg

Änderungsantrag zum Antrag BTW1

Seite 21, Zeile 970

Ergänze nach „belegt werden“:

5 „Selbstgenutztes Wohneigentum wollen wir dabei ausnehmen.“

*Antragsbereich Ä/ **Antrag 39***

Kennnummer 9283

AG SPDqueer

Änderungsantrag zum Antrag BTW1

Seite 22, nach Zeilen 1044 soll eingefügt werden:

5 Schon lange ist nicht nur die traditionelle Vater-Mutter-evt. Kind-Familie gesellschaftliche Wirklichkeit. Alleinerziehende und Regenbogenfamilien (Familien mit gleichgeschlechtlichen Eltern) sind weitestgehend ebenso längst gesellschaftliche Normalität. In dem Kontext ist es notwendig, das Institut Ehe neu zu definieren. Wie schon im Wahlprogramm 2013 beinhaltet, wollen wir die Gleichstellung für Regenbogenfamilien und die vollständige Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften einführen. Dies ist Voraussetzung für eine gerechte Familienpolitik. Gerecht ist sie aber
10 nicht. Daher muss ...

*Antragsbereich Ä/ **Antrag 40***

*Kennnummer 9267
Kreisverband Heidelberg*

Änderungsantrag zum Antrag BTW1

Seite 23, Zeile 1061

Füge an: "Familie meint nicht nur Eltern mit ihren Kindern, sondern auch Alleinerziehende mit ihrem Kindern - die besondere Unterstützung brauchen."

*Antragsbereich Ä/ **Antrag 41***

*Kennnummer 9268
Kreisverband Heidelberg*

Änderungsantrag zum Antrag BTW1

Seite 23, Zeile 1094:

Ersetze „Steuergeheimnis“ durch „Bankgeheimnis“

*Antragsbereich Ä/ **Antrag 42***

*Kennnummer 9269
Kreisverband Konstanz*

Änderungsantrag zum Antrag BTW1

Zeile. 1094f.

Ersetze die Formulierung

5 "sollte endgültig abgeschafft werden"

Durch

10 "soll nicht im Rechtshilfeverfahren mit ausländischen Behörden im Steuerstraf- oder Bußgeldverfahren gelten".

*Antragsbereich Ä/ **Antrag 43***

*Kennnummer 9270
Ortsverein Heidelberg-Altstadt
(Kreisverband Heidelberg)*

Kreisverband Heidelberg

Änderungsantrag zum Antrag BTW1

Seite 23, Zeile 1099

Einfügung eines Spiegelstrichs :

5 - Abschaffung der Verjährung von Steuerschulden

Begründung:

10 Während eine privatrechtliche Forderung, wenn sie gerichtlich geltend gemacht worden ist, erst nach langer Zeit, in der Regel 30 Jahren verjährt, verjähren Steuerschulden schon nach relativ kurzer Zeit. Dies betrifft insbesondere auch die Fälle von Steuerhinterziehung, die erst nach Jahren aufgeklärt werden können und die geschuldete Steuer dann nicht mehr beigetrieben werden kann.

Antragsbereich Ä/ Antrag 44

Kennnummer 9275

Juso-Landesverband Baden-Württemberg

Änderungsantrag zum Antrag BTW1

Füge ein Z. 1130

„Der Weg bleibt Europa

5 Die vergangenen Jahre haben Europa auf eine harte Probe gestellt. Die mangelnde Solidarität in Europa während der Krisenjahre hat Spuren hinterlassen, die auch bei der Frage des Umgangs mit Menschen auf der Flucht nachwirken. Jugendarbeitslosigkeit und Perspektivlosigkeit nicht nur der jungen Generationen haben zu politischer Instabilität und einem Erstarken extremer, oft rechtspopulistischer Kräfte geführt.

10 Wir wissen, dass die Antworten auf große Herausforderungen, wie der Klimawandel, die Steuerung internationaler Handelsströme, die Entwicklung der Digitalisierung, eine Lösung für den Umgang mit Menschen auf der Flucht aber auch die Schaffung einer Perspektive für Wohlstand und sozialer Sicherung für viele Menschen nur auf Europäischer Ebene gelingen kann. Dabei muss neben einer stärkeren Koordination unter allen Mitgliedsländern der Wirtschaftunion eine soziale Union entstehen, die dafür sorgt, dass die Würde jedes Menschen auch in Zeiten von notwendigen strukturellen Reformen gewahrt bleibt.

20 Wir wollen eine solidarische EU, in der alle Mitgliedsländer Chancen und auch Lasten gleichermaßen tragen. Wir wollen offene Binnengrenzen und den Austausch von Waren und Dienstleistungen im Binnenmarkt durch das Schengen-Abkommen aufrechterhalten und durch eine Stärkung der gemeinsamen Europäischen Außenpolitik die internationalen Herausforderungen mutig und selbstbewusst in Angriff nehmen. Wir sehen es als unsere Aufgabe, den Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit stärker zu führen. Europa muss in Zeiten
25 der US-Präsidentschaft Donald Trumps und einer Entdemokratisierung in der Türkei und Instabilität der Region des Nahen Ostens als Bollwerk für Menschenrechte, Demokratie und vor allem Frieden stehen."

Änderungsantrag zum Antrag BTW1

Einfügen nach Z. 1130

6. Eine offene und vielfältige Gesellschaft – gerecht für Alle!

5 Deutschland ist ein starkes Land mit einer lebendigen, vielfältigen Gesellschaft. Die
in Deutschland lebenden Menschen haben unterschiedliche soziale, kulturelle und
ethnische Hintergründe. Das ist normal und das ist auch gut so: Denn Vielfalt trägt
zum Wohlstand unserer Gesellschaft bei und ist der Motor für die soziale und
kulturelle Weiterentwicklung unserer offenen und pluralistischen Gesellschaft. Wir
10 müssen unser Zusammenleben miteinander und nicht nebeneinander organisieren.
Dabei bildet die freiheitlich-demokratische Grundordnung unseres Grundgesetzes
den verbindlichen Rahmen, an den sich alle Menschen in unserem Land halten
müssen. Darüber hinaus brauchen wir einen ehrlichen Dialog, wie wir in unserer
vielfältiger werdenden Gesellschaft zusammenleben wollen.

15 Die Einwanderinnen und Einwanderer der letzten Jahrzehnte haben Deutschland
mitgeprägt und zu einem wirtschaftlich und kulturell reicheren Land gemacht. Darauf
sind wir stolz und darauf wollen wir aufbauen. Noch immer haben Kinder mit
Migrationshintergrund – mittlerweile in dritter oder vierter Generation – schlechtere
20 Chancen als Kinder ohne Migrationshintergrund. Die Ungleichbehandlung beginnt
oftmals bereits im Kindergarten und setzt sich bis ins Erwachsenenalter fort.
Menschen mit anderer Hautfarbe oder anderer Herkunft werden bei der Jobsuche,
bei Aufstiegschancen und sogar bei der Wohnungssuche diskriminiert. UOft müssen
Sie auf ihrem Lebensweg Hürden meistern, welche die deutsche
25 Mehrheitsgesellschaft gar nicht wahrnimmt. Gleiche Chancen für alle, unabhängig
von der Herkunft – auch das gehört zu einer gerechten Gesellschaft.

30 Deutschland ist und bleibt ein Einwanderungsland. Einwanderung ist dabei mehr als
nur eine humanitäre Verpflichtung. Einwanderung ist auch eine Stärkung und eine
Chance für unsere immer älter werdende und schrumpfende Gesellschaft. Die SPD
setzt sich für die Einführung eines Einwanderungsgesetzes nach dem kanadischen
Modell ein. Damit streben wir eine breite gesellschaftliche Akzeptanz für
mehrqualifizierte Zuwanderung auf Basis klarer Regeln und gezielter Steuerung an.
Im Angesicht einer demographischen Entwicklung, die unserem Arbeitsmarkt in den
35 kommenden zehn Jahren bis zu 7Millionen Fachkräfte entziehen könnte und damit
auch Wohlstand und staatliche Handlungsspielräume in Frage stellt, ist neben allen
Qualifizierungsanstrengungen im Inland die Umsetzung eines
Einwanderungsgesetzes auch aus volkswirtschaftlicher Sicht dringend geboten.

40 Eine deutlich weitergehende Reform des Staatsbürgerschaftsrechtes müssen wir
nun endgültig ins 21. Jahrhundertführen. Die Sozialdemokratie steht für den
Grundsatz, dass in Deutschland geborene Kinder auch automatisch die deutsche
Staatsbürgerschaft erhalten und die doppelte Staatsbürgerschaft für alle hier
lebenden Menschen mit ausländischem Pass geöffnet wird. Wir setzen uns dafür
45 ein, dass sich junge Menschen nicht für einen Pass entscheiden müssen, sondern
die doppelte Staatsbürgerschaft ihr Leben lang behalten dürfen. Einbürgerungen

müssen erleichtert werden und dürfen nicht an den finanziellen Möglichkeiten der Betroffenen scheitern.

50 Über 50 Millionen Frauen, Kinder und Männer sind weltweit immer noch auf der Flucht. Nur ein kleiner Teil dieser Menschen erreicht, untermeist lebensbedrohlichen Umständen, den sicheren Hafen Europas.

55 Deutschland hat mit der Aufnahme von schutzbedürftigen Menschen ein neues und gutes Kapitel zu unserer Geschichte hinzugefügt. Es ist eine beeindruckende Entwicklung, dass gerade Deutschland vom Land der Bedrohung zum Land der Hoffnungen und Sehnsüchte so vieler Menschen geworden ist, welche Sicherheit und Zukunft suchen. Als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten bekennen wir uns zum Recht auf Asyl für jene, die aus politischen oder humanitären Gründen fliehen müssen. Viele Bürgerinnen und Bürger haben sich im Rahmen der Flüchtlingshilfe in den vergangenen Jahren mit Hilfsbereitschaft und Spenden, mit Solidarität und Nächstenliebe eingebracht. Dieses großartige Engagement ist das Beste, was unser Land zu geben hat! Für die Politik gilt aber: eine verantwortungsvolle Flüchtlingspolitik bedeutet eine größere Unterstützung der Kommunen durch den Bund. Es muss außerdem auf eine gerechtere Verteilung der Flüchtlinge in Europa hingearbeitet werden. Deutschland muss sich als solidarischer Partner für eine europäische Lösung anbieten. Die Integration der hierbleibenden Menschen muss zügig und unbürokratisch vorangetrieben werden, der Zugang zu Arbeit und Bildungsangebote erleichtert werden. Rückführungen in unsichere Staaten und (Bürger-)Kriegsgebieten lehnen wir ab.

Die SPD ist seit über 150 Jahren das Bollwerk der Demokratie gegen Nationalismus und Extremismus. Entgegen dem weltweiten Anstieg nationalistischer und extremistischer Bewegungen, steht die SPD klar für eine offene und soziale Demokratie. Wir setzen uns aktiv für die Förderung der Demokratie ein und führen an der Seite von Vereinen, Verbänden, Kirchen, Gewerkschaften sowie Bürgerinnen und Bürgern den Kampf gegen Rechtsextreme und andere menschen- und demokratiefeindliche Gruppen an.

Antragsbereich Ä/ Antrag 46

Kennnummer 9284

AG SPDqueer

Änderungsantrag zum Antrag BTW1

In den Leitantrag soll aufgenommen werden:

Wir fordern die konsequente Anwendung geltender Regelungen zur Anerkennung von LGBTTIQ*-Geflüchteten. Dementsprechend fordern wir , dass Länder, in denen es Verfolgungen der genannten Gruppe gibt, nicht zu sog. „Sicheren Herkunftsländern“ erklärt werden dürfen bzw. dies fallweise zurückgenommen werden muss. *)

Dazu gehört ein Prüfungsverfahren, das die Würde, Integrität (also die Persönlichkeit in ihrer Ganzheit und Unversehrtheit) achtet und schützt , den aus dem besonderen Asylgrund

10

resultierenden Verletzlichkeiten und Ängsten Rechnung trägt und zusätzliche Traumatisierung vermeidet. **)

15 Dies gilt insbesondere für Geflüchtete aus Staaten, die trotz verfassungsrechtlicher Unvereinbarkeit *) zu sicheren Herkunftsländer erklärt wurden bzw. erklärt werden sollen.

Begründung:

20 *)Im konkreten Fall (Aktenzeichen: C-199/12, C-200/12, C201/12) hatten drei schwule Männer aus Sierra Leone, Uganda und dem Senegal in den Niederlanden um eine Anerkennung als Flüchtlinge vor dem EuGH gekämpft. Die Luxemburger Richter stellten nun fest, dass Homosexuelle eine "soziale Gruppe" im Sinn der Genfer Flüchtlingskonvention seien. Nach Auffassung des Gerichtshofs können Asylbehörden von
25 einem Flüchtling nicht verlangen, dass er seine Homosexualität in seinem Herkunftsland geheim hält oder sich bei ihrem Ausleben zurückhält, um eine Verfolgung zu vermeiden. Dies würde der Bedeutung der sexuellen Orientierung für die jeweilige Identität eines Menschen widersprechen.

30 **)In der Praxis nehmen sich die Behörden aber eine Menge Spielraum. Die Bundesregierung hat etwa bereits Ghana und den Senegal zu sicheren Herkunftsstaaten erklärt, aus denen Asylanträge ohne eingehende Prüfung als "offensichtlich unbegründet" abgelehnt werden können. In diesen Ländern drohen Homosexuellen wegen ihrer sexuellen Orientierung Haftstrafen von bis zu fünf Jahren. Derzeit will die Große Koalition auch
35 Algerien, Marokko und Tunesien dieses Sicherheitszertifikat verleihen, obwohl alle drei Länder Schwulen und Lesben ebenfalls mit Gefängnis drohen – und diese Gesetze auch immer wieder anwenden. Laut Bundesregierung werde aber beispielsweise in Marokko Homosexualität "in den meisten Fällen [...] faktisch geduldet". Bei Algerien erklärte die Bundesregierung, dass Homosexualität nur verfolgt werde, "wenn sie offen ausgelebt wird"
40 .

Dazu ein konkreter Fall aus 2016 Laut einem Bescheid des Bundesamtes für Migration sei ein Syrer in seiner Heimat nicht verfolgt worden, weil "kaum jemand" von seiner sexuellen Orientierung wusste. Er habe seine Homosexualität ja versteckt und sei deshalb gar nicht verfolgt worden. Nach Protesten hatte das Bundesamt für Migration den [zynischen] Bescheid wieder aufgehoben.

*Antragsbereich Ä/ **Antrag 47***

Kennummer 9285

AG SPDqueer

Änderungsantrag zum Antrag BTW1

Wir sind uns im Klaren darüber und hätten es auch erwartet, dass diese Punkte, die ja bereits im Wahlprogramm 2013 weitgehend enthalten sind, im jetzigen Leitantrag der Landes-SPD Berücksichtigung gefunden hätten und eher noch ein eigener Teil hätten sein können.

5 Deshalb beantragt die AG SPDqueer-BW hilfsweise entsprechend den Forderungen des SPDqueer-Bundesverbandes, die unten aufgeführten 12 Anträge in den Leitantrag des Landesvorstandes geschlossen zu übernehmen und gegebenenfalls einzeln abzustimmen.

- 10 1. Wir wollen die Gleichstellung für Regenbogenfamilien und die vollständige Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften einführen.
- 15 2. Wir erkennen die Rechte von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, trans- und intergeschlechtlichen Menschen als unveräußerliche Menschenrechte an und werden sie weltweit vertreten.
3. Wir setzen uns für die Ergänzung von Art. 3 Abs. 3 GG um die Merkmale "sexuelle Orientierung und geschlechtliche Identität" ein.
- 20 4. Wir setzen uns für die geschlechtliche Selbstbestimmung und die körperliche Unversehrtheit von trans- und intergeschlechtlichen Menschen ein.
- 25 5. Wir werden keine Beschneidung von LGBTTIQ*-Rechten aufgrund religiöser Doktrinen zulassen und werden z.B. die Diskriminierung von LGBTTIQ*-Arbeitnehmer*innen in kirchlichen Einrichtungen nicht weiter akzeptieren.
6. Wir beenden die Diskriminierung bei Blutspenden.
7. Wir werden die finanziellen Mittel für die Prävention, die Forschung und die Behandlung von HIV/Aids, sexuell übertragbaren Krankheiten und Hepatitis-C Infektionen erhöhen.
- 30 8. Wir werden würdige Lebensbedingungen für LGBTTIQ*- Menschen im Alter schaffen.
9. Wir setzen uns dafür ein, dass auch queere Menschen und ihre Familien sich in der EU frei bewegen und niederlassen können, ohne in ihren Rechten beschränkt zu werden.
- 35 10. Wir fordern die konsequente Anwendung geltender Regelungen zur Anerkennung von LGBTTIQ*-Geflüchteten. Dementsprechend fordern wir , dass Länder, in denen es Verfolgungen der genannten Gruppe gibt, nicht zu sog. „Sicheren Herkunftsländern“ erklärt werden dürfen bzw. dies fallweise zurückgenommen werden muss. *)
- 40 11. Wir werden uns für die unbürokratische Umsetzung des Beschlusses zur Rehabilitierung und Entschädigung der nach 1945 nach § 175 StGB Verurteilten einsetzen.
- 45 12. Wir initiieren einen bundesweiten Aktionsplan gegen Homo-, Bi-, Transphobie und zur Akzeptanz von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, trans- und intergeschlechtlichen Menschen.

Antragsbereich Ä/Antrag 48

*Kennummer 9271
Ortsverein Laupheim
(Kreisverband Biberach)*

Änderungsantrag zum Antrag BTW2

in Zeile 311 bitten wir um Einbringung folgendes Passus:

- 5 Der würdevolle Umgang mit Renter/inne/n, Pensionär/inn/en, Kranken ist in unserer Gesellschaft ein hohes Gut. Die SPD fühlt sich gerade der Fürsorge aller Gesellschaftsschichten verpflichtet, daher muss auch für die Kranken, die Ältesten, wie die Pflegebedürftigen, besondere Aufmerksamkeit einer guten Unterstützung und Versorgung

10 sichergestellt werden. Wir wollen bessere Arbeitsbedingungen für Pflege- und Betreuungskräfte sicherstellen. Hierzu sehen wir den Bedarf von Erhöhung des Personals in den Pflegeberufen und eine Überprüfung der Entlohnung des Dienstes in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften und Verbänden. Die Privatisierung von Versorgungsleistungen entlässt uns nicht aus der Verantwortung eine gute und würdevolle Versorgung Bedürftiger sicherzustellen.

*Antragsbereich Ä/ **Antrag 49***

*Kennummer 9276
Kreisverband Heidelberg*

Änderungsantrag zum Antrag BTW10

Seite 63, Zeile 168

Ersetze: „Das Verwaltungskostenbudget ist dann an diese sich ergebenden Personalbedarfe anzupassen.“

5

Durch: „Das Verwaltungskostenbudget muss aufgestockt werden. Verwaltungskosten dürfen nicht aus Eingliederungstiteln bestritten werden.“

*Antragsbereich Ä/ **Antrag 50***

*Kennummer 9277
Kreisverband Heidelberg*

Änderungsantrag zum Antrag BTW10

Seite 63, Zeile 178-183

5 Streiche den gesamten Satz: „Aber nicht nur Langzeitarbeitslose, auch für Menschen mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen, mit Behinderungen, Flüchtlinge [...], weil sie dem Druck nicht mehr gewachsen sind.“